

1994

Ausgegeben zu Bonn am 1. März 1994

Nr. 9

Tag	Inhalt	Seite
1. 2. 94	Verordnung über die Inkraftsetzung der ECE-Regelung Nr. 58 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von I. Einrichtungen für den hinteren Unterfahrschutz, II. Fahrzeugen hinsichtlich des Anbaus von Einrichtungen eines genehmigten Typs für den hinteren Unterfahrschutz, III. Fahrzeugen hinsichtlich ihres hinteren Unterfahrschutzes (Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 58)	306
11. 11. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT)	307
8. 12. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen	308
13. 12. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere	309
13. 12. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Heimtieren	310
14. 12. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über den Schutz von Schlachttieren	310
30. 12. 93	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte	311
20. 1. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Welturheberrechtsabkommens sowie der Zusatzprotokolle hierzu	318
25. 1. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über den internationalen Warentransport mit Carnets-TIR	319
25. 1. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung	319
—	Berichtigung der Bekanntmachung über die Änderung des Übereinkommens über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts	320
—	Berichtigung der Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit Polen	320

Die ECE-Regelung Nr. 58 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

Mit dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes wird den Abonnenten die Neuauflage des Fundstellennachweises B (Völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge zur Vorbereitung und Herstellung der Einheit Deutschlands), abgeschlossen am 31. Dezember 1993, gesondert übersandt.

**Verordnung
über die Inkraftsetzung der ECE-Regelung Nr. 58
über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von
I. Einrichtungen für den hinteren Unterfahrschutz
II. Fahrzeugen hinsichtlich des Anbaus von Einrichtungen
eines genehmigten Typs für den hinteren Unterfahrschutz
III. Fahrzeugen hinsichtlich ihres hinteren Unterfahrschutzes
(Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 58)**

Vom 1. Februar 1994

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 12. Juni 1965 zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1965 II S. 857), der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1968 (BGBl. 1968 II S. 1224) eingefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium für Verkehr nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden:

Artikel 1

Die nach Artikel 1 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommene ECE-Regelung Nr. 58 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von

- I. Einrichtungen für den hinteren Unterfahrschutz
- II. Fahrzeugen hinsichtlich des Anbaus von Einrichtungen eines genehmigten Typs für den hinteren Unterfahrschutz
- III. Fahrzeugen hinsichtlich ihres hinteren Unterfahrschutzes

wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Wortlaut sowie die Anhänge der Regelung werden mit einer amtlichen deutschen Übersetzung als Anhang zu dieser Verordnung veröffentlicht.*)"

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 in Kraft.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die in Artikel 1 genannte ECE-Regelung Nr. 58 für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt. Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 1. Februar 1994

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

*) Die ECE-Regelung Nr. 58 mit den Anhängen 1 bis 5 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation
für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT)**

Vom 11. November 1993

Das Protokoll vom 1. Dezember 1986 über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT) – BGBl. 1989 II S. 701, 702 – ist nach seinem Artikel 24 Abs. 4 für

Italien

am 29. April 1993

nach Maßgabe des folgenden, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalts

in Kraft getreten:

(Official translation from italian)

«Le Gouvernement italien se réserve la faculté de ne pas appliquer aux fonctionnaires, ressortissants italiens ou résidents permanents sur le territoire italien, l'exemption de tout impôt national sur les traitements et les émoluments versés par l'EUMETSAT, ainsi que prévu à la lettre g) de l'article 10.»

(Übersetzung)

(Amtliche Übersetzung aus dem Italienischen)

„Die italienische Regierung behält sich die Möglichkeit vor, die in Artikel 10 Buchstabe g vorgesehene Befreiung von jeder nationalen Einkommensteuer für die von der EUMETSAT gezahlten Gehälter und sonstigen Bezüge nicht auf Beamte anzuwenden, die italienische Staatsangehörige sind oder ihren ständigen Aufenthalt im italienischen Hoheitsgebiet haben.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. August 1990 (BGBl. II S. 866).

Bonn, den 11. November 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens
über konsularische Beziehungen**

Vom 8. Dezember 1993

I.

Das Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen (BGBl. 1969 II S. 1585) ist nach seinem Artikel 77 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Armenien	am	23. Juli 1993
Barbados	am	10. Juni 1992

nach Maßgabe der folgenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Erklärung:

(Übersetzung)

„The Government of Barbados hereby declares that it will interpret the exemption accorded to members of a consular post by paragraph 3 of Article 44 from liability to give evidence concerning matters connected with the exercise of their functions as relating only to Acts in respect of which consular officers and consular employees enjoy immunity from the jurisdiction of the juridical or administrative authorities of the receiving state in accordance with the provisions of Article 43 of the Convention.“

„Die Regierung von Barbados erklärt hiermit, daß sie die Befreiung, die Mitgliedern einer konsularischen Vertretung nach Artikel 44 Absatz 3 des Übereinkommens von ihrer Verpflichtung gewährt wird, Zeugnis über Angelegenheiten zu geben, die mit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zusammenhängen, dahingehend auslegt, daß diese Befreiung sich nur auf Handlungen bezieht, hinsichtlich deren Konsularbeamte und Bedienstete des Verwaltungs- oder technischen Personals nach Artikel 43 des Übereinkommens Immunität von der Gerichtsbarkeit des Empfangsstaats und von den Eingriffen seiner Verwaltungsbehörden genießen.“

Georgien	am	11. August 1993
Moldau, Republik	am	25. Februar 1993
Vietnam	am	8. Oktober 1992

nach Maßgabe des folgenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde angebrachten Vorbehalts:

(Übersetzung)

(Courtesy translation)
(Original: Vietnamese)

(Höflichkeitsübersetzung)
(Original: Vietnamesisch)

The Socialist Republic of Vietnam shall not accord to the consular posts headed by the honorary consular officers the right to employ diplomatic, consular couriers, diplomatic and consular bags or messages in code or cipher; or to other governments, their diplomatic missions or consular posts the right to employ these means in communicating with consular posts headed by the honorary consular officers, unless the Government of the Socialist Republic of Vietnam may give express consent thereto in a particular case.

Die Sozialistische Republik Vietnam gewährt den konsularischen Vertretungen, die von Honorarkonsularbeamten geleitet werden, nicht das Recht, sich diplomatischer oder konsularischer Kuriere, diplomatischen und konsularischen Kuriergepäcks oder verschlüsselter Nachrichten zu bedienen; ferner gewährt sie anderen Regierungen sowie ihren diplomatischen Missionen oder konsularischen Vertretungen nicht das Recht, sich dieser Mittel im Verkehr mit konsularischen Vertretungen zu bedienen, die von Honorarkonsularbeamten geleitet werden, sofern nicht die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam in jedem Einzelfall ausdrücklich zustimmt.

Deutschland hat der vietnamesischen Regierung bezüglich dieses Vorbehalts folgendes notifiziert:

„In bezug auf den vietnamesischen Vorbehalt vom 8. September 1992 zu Artikel 58 des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen geht

die Bundesrepublik Deutschland davon aus, daß die vietnamesische Regierung ihre in Satz zwei dieses Vorbehalts erwähnte Zustimmung in einer Weise erteilen wird, die mit dem Sinn und Zweck dieses Übereinkommens vereinbar ist.“

II.

Die Tschechische Republik hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 22. Februar 1993 notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger der Tschechoslowakei mit Wirkung vom 1. Januar 1993, dem Tag der Auflösung der Tschechoslowakei, an dieses Übereinkommen gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 30. November 1971 (BGBl. II S. 1285) und vom 26. März 1993 (BGBl. II S. 767).

Bonn, den 8. Dezember 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens zum Schutz der für Versuche
und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere**

Vom 13. Dezember 1993

Das Europäische Übereinkommen vom 18. März 1986 zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere (BGBl. 1990 II S. 1486) wird nach seinem Artikel 32 Abs. 2 für die

Schweiz am 1. Juni 1994
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. November 1992 (BGBl. II S. 1173).

Bonn, den 13. Dezember 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Heimtieren
Vom 13. Dezember 1993**

Das Europäische Übereinkommen vom 13. November 1987 zum Schutz von Heimtieren (BGBl. 1991 II S. 402) wird nach seinem Artikel 18 Abs. 2 für die

Schweiz am 1. Juni 1994
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. November 1993 (BGBl. II S. 2043).

Bonn, den 13. Dezember 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens über den Schutz von Schlachttieren
Vom 14. Dezember 1993**

Das Europäische Übereinkommen vom 10. Mai 1979 über den Schutz von Schlachttieren (BGBl. 1983 II S. 770) wird nach seinem Artikel 20 Abs. 3 für die

Schweiz am 4. Mai 1994
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 30. November 1992 (BGBl. 1993 II S. 22).

Bonn, den 14. Dezember 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Fakultativprotokolls
zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte
Vom 30. Dezember 1993

I.

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 1992 zu dem Fakultativprotokoll vom 19. Dezember 1966 zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1992 II S. 1246) wird bekanntgemacht, daß das Fakultativprotokoll nach seinem Artikel 9 Abs. 2 für

Deutschland

am 25. November 1993

in Kraft getreten ist; die Beitrittsurkunde ist am 25. August 1993 bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt worden.

Bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde hat Deutschland den folgenden Vorbehalt angebracht:

„Die Bundesrepublik Deutschland bringt einen Vorbehalt im Hinblick auf Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a dahingehend an, daß die Zuständigkeit des Ausschusses nicht für Mitteilungen gilt,

- a) die bereits in einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft wurden,
- b) mit denen eine Rechtsverletzung gerügt wird, die in Ereignissen vor dem Inkrafttreten des Fakultativprotokolls für die Bundesrepublik Deutschland ihren Ursprung hat, oder
- c) mit denen eine Verletzung des Artikels 26 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte gerügt wird, wenn und soweit sich die gerügte Verletzung auf andere als im vorgenannten Pakt garantierte Rechte bezieht.“

II.

Das Fakultativprotokoll ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Äquatorialguinea	am 25. Dezember 1987
Algerien	am 12. Dezember 1989
Angola	am 10. April 1992
Argentinien	am 8. November 1986
Armenien	am 23. September 1993
Australien	am 25. Dezember 1991
Barbados	am 23. März 1976
Belarus	am 30. Dezember 1992
Benin	am 12. Juni 1992
Bolivien	am 12. November 1982
Bulgarien	am 26. Juni 1992
Chile ¹⁾	am 27. August 1992
Costa Rica	am 23. März 1976
Dänemark ¹⁾	am 23. März 1976
Dominikanische Republik	am 4. April 1978
Ecuador	am 23. März 1976
Estland	am 21. Januar 1992
Finnland	am 23. März 1976
Frankreich ¹⁾	am 17. Mai 1984
Gambia	am 9. September 1988
Guinea	am 17. September 1993
Guyana	am 10. August 1993
Irland ¹⁾	am 8. März 1990
Island ¹⁾	am 22. November 1979
Italien ¹⁾	am 15. Dezember 1978

Jamaika	am	23. März 1976
Kamerun	am	27. September 1984
Kanada	am	19. August 1976
Kolumbien	am	23. März 1976
Kongo	am	5. Januar 1984
Korea, Republik	am	10. Juli 1990
Libysch-Arabische Dschamahirija	am	16. August 1989
Litauen	am	20. Februar 1992
Luxemburg ¹⁾	am	18. November 1983
Madagaskar	am	23. März 1976
Malta ¹⁾	am	13. Dezember 1990
Mauritius	am	23. März 1976
Mongolei	am	16. Juli 1991
Nepal	am	14. August 1991
Neuseeland	am	26. August 1989
Nicaragua	am	12. Juni 1980
Niederlande	am	11. März 1979
für das Königreich in Europa und die Niederländischen Antillen		
Niger	am	7. Juni 1986
Norwegen ¹⁾	am	23. März 1976
Österreich ¹⁾	am	10. März 1988
Panama	am	8. Juni 1977
Peru	am	3. Januar 1981
Philippinen	am	22. November 1989
Polen ¹⁾	am	7. Februar 1992
Portugal	am	3. August 1983
Rumänien ¹⁾	am	20. Oktober 1993
Sambia	am	10. Juli 1984
San Marino	am	18. Januar 1986
Schweden ¹⁾	am	23. März 1976
Senegal	am	13. Mai 1978
Seychellen	am	5. August 1992
Slowenien ¹⁾	am	16. Oktober 1993
Somalia	am	24. April 1990
Sowjetunion, ehemalige ^{1) 2)}	am	1. Januar 1992
Spanien ¹⁾	am	25. April 1985
St. Vincent und die Grenadinen	am	9. Februar 1982
Suriname	am	28. März 1977
Togo	am	30. Juni 1988
Trinidad und Tobago	am	14. Februar 1981
Tschechoslowakei, ehemalige ³⁾	am	12. Juni 1991
Ukraine	am	25. Oktober 1991
Ungarn	am	7. Dezember 1988
Uruguay	am	23. März 1976
Venezuela ¹⁾	am	10. August 1978
Zaire	am	1. Februar 1977
Zentralafrikanische Republik	am	8. August 1981
Zypern	am	15. Juli 1992.

III.

Die Vertragszugehörigkeit der ehemaligen Sowjetunion wird durch die Russische Föderation fortgesetzt (vgl. die Bekanntmachung über die Fortsetzung

¹⁾ Diese Vertragsparteien haben Vorbehalte bzw. Erklärungen abgegeben, deren Wortlaut in Abschnitt V wiedergegeben wird.

²⁾ siehe Abschnitt III

³⁾ siehe Abschnitt IV

der völkerrechtlichen Mitgliedschaften und Verträge der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken durch die Russische Föderation vom 14. August 1992, BGBl. II S. 1016).

IV.

Die Slowakei und die Tschechische Republik haben dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 28. Mai 1993 bzw. am 22. Februar 1993 notifiziert, daß sie sich als Rechtsnachfolger der ehemaligen Tschechoslowakei mit Wirkung vom 1. Januar 1993, dem Tag der Auflösung der ehemaligen Tschechoslowakei, als durch das Fakultativprotokoll gebunden betrachten.

V.

Vorbehalte und Erklärungen

Chile

bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 27. Mai 1992

(Übersetzung)

(Translation) (original: Spanish)

In recognizing the competence of the Human Rights Committee to receive and consider communications from individuals, it is the understanding of the Government of Chile that this competence applies in respect of acts occurring after the entry into force for that State of the Optional Protocol or, in any event, to acts which began after 11 March 1990.

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

Bei der Anerkennung der Zuständigkeit des Ausschusses für Menschenrechte für die Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen von Einzelpersonen geht die Regierung von Chile davon aus, daß diese Zuständigkeit in bezug auf Handlungen gilt, die nach Inkrafttreten des Fakultativprotokolls für diesen Staat begangen wurden, beziehungsweise auf jeden Fall in bezug auf Handlungen, mit denen nach dem 11. März 1990 begonnen wurde.

Dänemark

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 6. Januar 1972

(Übersetzung)

"... The ratification is subject to the following reservation:

With reference to Article 5, paragraph 2 (a), the Government of Denmark makes a reservation with respect to the competence of the Committee to consider a communication from an individual if the matter has already been considered under other procedures of international investigation."

"... Die Ratifikation erfolgt unter folgendem Vorbehalt:

Im Hinblick auf Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a bringt die Regierung von Dänemark einen Vorbehalt an, der sich auf die Zuständigkeit des Ausschusses für die Prüfung einer Mitteilung einer Einzelperson bezieht, wenn die Sache bereits in anderen internationalen Untersuchungsverfahren geprüft worden ist."

Frankreich

bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 17. Februar 1984

(Übersetzung)

Déclarations

«La France interprète l'article 1^{er} du Protocole comme donnant compétence au Comité pour recevoir et examiner des communications émanant de particuliers relevant de la juridiction de la République française qui prétendent être victimes d'une violation, par la République, de l'un quelconque des droits énoncés dans le Pacte, résultant soit d'actes, omissions, faits ou événements postérieurs à la date d'entrée en vigueur à son égard du présent Protocole, soit d'une décision portant sur les actes, omissions, faits ou événements postérieurs de cette même date.

Erklärungen

„Frankreich legt Artikel 1 des Protokolls dahin aus, daß er dem Ausschuss die Zuständigkeit für die Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen der Herrschaftsgewalt der Französischen Republik unterstehender Einzelpersonen überträgt, die behaupten, Opfer einer Verletzung eines in dem Pakt niedergelegten Rechts durch die Republik zu sein, die sich entweder aus nach Inkrafttreten dieses Protokolls für die Französische Republik eingetretenen Handlungen, Unterlassungen, Tatsachen oder Ereignissen oder aus einer Entscheidung über nach diesem Tag eingetretene Handlungen, Unterlassungen, Tatsachen oder Ereignisse ergibt.

En ce qui concerne l'article 7, l'adhésion de la France au Protocole facultatif ne peut être interprétée comme impliquant une modification de sa position à l'égard de la résolution visée dans cette disposition.»

Réserve

«La France fait une réserve à l'alinéa a) du paragraphe 2 de l'article 5 en précisant que le comité des droits de l'homme ne sera pas compétent pour examiner une communication émanant d'un particulier si la même question est en cours d'examen ou a déjà été examinée par une autre instance internationale d'enquête ou de règlement.»

Was Artikel 7 betrifft, so kann der Beitritt Frankreichs zum Fakultativprotokoll nicht so ausgelegt werden, als bedeute er eine Änderung des Standpunkts Frankreichs in bezug auf die in diesem Artikel genannte EntschlieÙung.»

Vorbehalt

„Frankreich macht zu Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a einen Vorbehalt dahin gehend, daß der Ausschuß für Menschenrechte für die Prüfung der Mitteilung einer Einzelperson nicht zuständig ist, wenn dieselbe Sache in einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft wird oder bereits geprüft worden ist.“

Irland

bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 8. Dezember 1989

(Übersetzung)

Article 5, Paragraph 2

Ireland does not accept the competence of the Human Rights Committee to consider a communication from an individual if the matter has already been considered under another procedure of international investigation or settlement.”

„Artikel 5 Absatz 2

Irland erkennt die Zuständigkeit des Ausschusses für Menschenrechte für die Prüfung einer Mitteilung einer Einzelperson nicht an, wenn die Sache bereits in einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft worden ist.“

Island

bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 22. August 1979

(Übersetzung)

(Translation)

... Iceland ... accedes to the said Protocol subject to a reservation, with reference to article 5, paragraph 2, with respect to the competence of the Human Rights Committee to consider a communication from an individual if the matter is being examined or has been examined under another procedure of international investigation or settlement. Other provisions of the Covenant shall be inviolably observed.

(Übersetzung)

... Island tritt dem genannten Protokoll unter einem Vorbehalt im Hinblick auf Artikel 5 Absatz 2 bei, was die Zuständigkeit des Ausschusses für Menschenrechte für die Prüfung einer Mitteilung einer Einzelperson anbelangt, falls die Sache bereits in einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft wird oder geprüft worden ist. Die übrigen Bestimmungen des Paktes werden uneingeschränkt eingehalten.

Italien

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 15. September 1978

(Übersetzung)

(Translation)

Article 5 paragraph 2

The Italian Republic ratifies the Optional Protocol to the International Covenant on Civil and Political Rights, it being understood that the provisions of article 5, paragraph 2, of the Protocol mean that the Committee provided for in article 28 of the Covenant shall not consider any communication from an individual unless it has ascertained that the same matter is not being and has not been examined under another procedure of international investigation or settlement.

(Übersetzung)

Artikel 5 Absatz 2

Die Italienische Republik ratifiziert das Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, wobei davon ausgegangen wird, daß Artikel 5 Absatz 2 des Protokolls bedeutet, daß der in Artikel 28 des Paktes vorgesehene Ausschuß die Mitteilung einer Einzelperson nur prüft, wenn er sich vergewissert hat, daß dieselbe Sache nicht bereits in einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft wird oder geprüft worden ist.

Luxemburg
bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 18. August 1983

(Übersetzung)

Déclaration interprétative:

«Le Grand-Duché de Luxembourg adhère au Protocole facultatif se rapportant au Pacte international relatif aux droits civils et politiques étant entendu que les dispositions du paragraphe 2 de l'article 5 du Protocole signifient que le Comité prévu par l'article 28 dudit Pacte ne devra examiner aucune communication émanant d'un particulier sans s'être assuré que la même question n'est pas en cours d'examen ou n'a pas déjà été examinée devant une autre instance internationale d'enquête ou de règlement.»

Auslegungserklärung

„Das Großherzogtum Luxemburg geht bei seinem Beitritt zum Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte davon aus, daß Artikel 5 Absatz 2 des Protokolls bedeutet, daß der in Artikel 28 des Paktes vorgesehene Ausschuß die Mitteilung einer Einzelperson nur prüfen darf, wenn er sich vergewissert hat, daß dieselbe Sache nicht in einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft wird oder bereits geprüft worden ist.“

Malta
bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 13. September 1990

(Übersetzung)

Declarations

- „1. Malta accedes to the Optional Protocol to the International Covenant on Civil and Political Rights, on the understanding that the provisions of Article 5, paragraph 2, of the Protocol mean that the Committee established by Article 28 of the Covenant, shall not consider any communication from an individual unless it has ascertained that the same matter is not being examined or has not already been examined under another procedure of international investigation or settlement.
2. The Government of Malta interprets Article 1 of the Protocol as giving the Committee the competence to receive and consider communications from individuals subject to the jurisdiction of Malta who claim to be victims of a violation by Malta of any of the rights set forth in the Covenant which results either from acts, omissions, developments or events occurring after the date on which the Protocol enters into force for Malta, or from a decision relating to acts, omissions, developments or events after that date.“

Erklärungen

- „1. Malta tritt dem Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte mit der Maßgabe bei, daß Artikel 5 Absatz 2 des Protokolls bedeutet, daß der durch Artikel 28 des Paktes errichtete Ausschuß die Mitteilung einer Einzelperson nur prüft, wenn er sich vergewissert hat, daß dieselbe Sache nicht in einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft wird oder bereits geprüft worden ist.
2. Die Regierung von Malta legt Artikel 1 des Protokolls dahin aus, daß er dem Ausschuß die Zuständigkeit für die Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen der Herrschaftsgewalt Maltas unterstehender Einzelpersonen überträgt, die behaupten, Opfer einer Verletzung eines in dem Pakt niedergelegten Rechts durch Malta zu sein, die sich entweder aus nach Inkrafttreten des Protokolls für Malta eingetretenen Handlungen, Unterlassungen, Entwicklungen oder Ereignissen oder aus einer Entscheidung im Zusammenhang mit nach diesem Tag eingetretenen Handlungen, Unterlassungen, Entwicklungen oder Ereignissen ergibt.“

Norwegen
bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 13. September 1972

(Übersetzung)

Reservation

to article 5, paragraph 2 of the Optional Protocol to the International Covenant on Civil and Political Rights

“... to the effect that the Committee shall not have competence to consider a communication from an individual if the same matter has already been examined under other procedures of international investigation or settlement.”

Vorbehalt

zu Artikel 5 Absatz 2 des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte

“... dahin gehend, daß der Ausschuß nicht für die Prüfung einer Mitteilung einer Einzelperson zuständig ist, wenn dieselbe Sache bereits in anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft worden ist.“

Österreich

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 10. Dezember 1987

„Die Republik Österreich ratifiziert das Fakultativprotokoll zum internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte mit der Maßgabe, daß – über die Bestimmungen des Artikels 5 Absatz 2 dieses Protokolls hinaus – der mit Artikel 28 des Paktes eingerichtete Ausschuß für Menschenrechte eine Mitteilung einer Person nur dann behandelt, wenn klargestellt ist, daß dieselbe Angelegenheit nicht bereits von der durch die europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten eingerichteten Europäischen Kommission für Menschenrechte geprüft worden ist.“

Polen

bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 7. November 1991

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Polish)

The Republic of Poland decides to accede to the aforementioned Protocol while making a reservation that would exclude the procedure set out in article 5, paragraph 2 (a), in cases where the matter has already been examined under another international procedure of international investigation or settlement.

(Übersetzung) (Original: Polnisch)

Die Republik Polen beschließt, dem genannten Protokoll beizutreten, wobei sie einen Vorbehalt anbringt, der das in Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a festgelegte Verfahren in Fällen ausschließt, in denen die Sache bereits in einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft wurde.

Rumänien

bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 20. Juli 1993

(Übersetzung)

„România consideră că, potrivit art. 5 pct. 2 lit. a din Protocol, Comitetul drepturilor omului nu este competent să examineze comunicările persoanelor fizice, dacă problemele în cauză sunt în curs de examinare sau au fost examinate în cadrul unei alte proceduri internaționale de investigare sau soluționare.“

„Rumänien ist der Meinung, daß nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a des Protokolls der Ausschuß für Menschenrechte nicht zuständig ist, die Mitteilungen von Einzelpersonen zu prüfen, wenn dieselbe Sache bereits in einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft worden ist.“

Schweden

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 6. Dezember 1971

(Übersetzung)

(Translation)

... On the understanding that the provisions of article 5, paragraph 2, of the Protocol signify that the Human Rights Committee provided for in article 28 of the said Covenant shall not consider any communication from an individual unless it has ascertained that the same matter is not being examined or has not been examined under another procedure of international investigation or settlement.

(Übersetzung)

... mit der Maßgabe, daß Artikel 5 Absatz 2 des Protokolls bedeutet, daß der in Artikel 28 des genannten Paktes vorgesehene Ausschuß für Menschenrechte die Mitteilung einer Einzelperson nur prüft, wenn er sich vergewissert hat, daß dieselbe Sache nicht bereits in einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft wird oder geprüft worden ist.

Slowenien

bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 16. Juli 1993

(Übersetzung)

Declaration:

„The Republic of Slovenia interprets Article 1 of the Protocol as giving the Committee the competence to receive and consider communications from individuals subject to the jurisdiction of the Republic of Slovenia who claim to be victims of a violation by the Republic of any of the rights set forth in the Covenant which results either from acts or omissions, developments or events occurring after the date on which the Protocol

Erklärung

„Die Republik Slowenien legt Artikel 1 des Protokolls dahin aus, daß er dem Ausschuß die Zuständigkeit für die Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen der Herrschaftsgewalt der Republik Slowenien unterstehender Einzelpersonen überträgt, die behaupten, Opfer einer Verletzung eines in dem Pakt niedergelegten Rechts durch die Republik zu sein, die sich entweder aus nach Inkrafttreten des Protokolls für die Re-

entered into force for the Republic of Slovenia, or from a decision relating to acts, omissions, developments or events after that date.”

Reservation:

“With regard to Article 5, Paragraph 2 (a) of the Optional Protocol, the Republic of Slovenia specifies that the Human Rights Committee shall not have competence to consider a communication from an individual if the same matter is being examined or has already been considered under another procedure of international investigation or settlement.”

**Sowjetunion, ehemalige
bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 1. Oktober 1991**

(Translation) (Original: Russian)

The Union of Soviet Socialist Republics, pursuant to article 1 of the Optional Protocol, recognizes the competence of the Human Rights Committee to receive and consider communications from individuals subject to the jurisdiction of the Union of Soviet Socialist Republics, in respect of situations or events occurring after the date on which the Protocol entered into force for the USSR.

The Soviet Union also proceeds from the understanding that the Committee shall not consider any communications unless it has been ascertained that the same matter is not being examined under another procedure of international investigation or settlement and that the individual in question has exhausted all available domestic remedies.

**Spanien
bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 25. Januar 1985**

(Translation) (Original: Spanish)

The Spanish Government accedes to the Optional Protocol to the International Covenant on Civil and Political Rights, on the understanding that the provisions of article 5, paragraph 2, of that Protocol mean that the Human Rights Committee shall not consider any communication from an individual unless it has ascertained that the same matter has not been or is not being examined under another procedure of international investigation or settlement.

**Venezuela⁴⁾
bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 10. Mai 1978**

(Translation)

...
Article 60, paragraph 5, of the Constitution of the Republic of Venezuela establishes that: “No person shall be convicted in

publik Slowenien eingetretenen Handlungen oder Unterlassungen oder aus einer Entscheidung im Zusammenhang mit nach diesem Tag eingetretenen Handlungen, Unterlassungen, Entwicklungen oder Ereignissen ergibt.“

Vorbehalt:

„Zu Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a des Fakultativprotokolls stellt die Republik Slowenien fest, daß der Ausschuß für Menschenrechte nicht für die Prüfung einer Mitteilung einer Einzelperson zuständig ist, wenn dieselbe Sache in einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft wird oder bereits geprüft worden ist.“

(Übersetzung) (Original: Russisch)

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erkennt nach Artikel 1 des Fakultativprotokolls die Zuständigkeit des Ausschusses für Menschenrechte für die Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen der Herrschaftsgewalt der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken unterstehender Einzelpersonen an, soweit es sich um Situationen oder Ereignisse handelt, die nach Inkrafttreten des Protokolls für die UdSSR eingetreten sind.

Die Sowjetunion geht ferner davon aus, daß der Ausschuß Mitteilungen nur prüft, wenn Gewißheit erlangt wurde, daß dieselbe Sache nicht bereits in einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft wird und daß die betreffende Einzelperson alle zur Verfügung stehenden innerstaatlichen Rechtsbehelfe erschöpft hat.

(Übersetzung)

(Übersetzung)

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

Die spanische Regierung tritt dem Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte mit der Maßgabe bei, daß Artikel 5 Absatz 2 des Protokolls bedeutet, daß der Ausschuß für Menschenrechte die Mitteilung einer Einzelperson nur prüft, wenn er sich vergewissert hat, daß dieselbe Sache nicht bereits in einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft wird oder geprüft worden ist.

(Übersetzung)

(Übersetzung)

...
Artikel 60 Absatz 5 der Verfassung der Republik Venezuela bestimmt folgendes: „Niemand darf in einem Strafverfahren ver-

a criminal trial unless he has first been personally notified of the charges and heard in the manner prescribed by law. Persons accused of an offence against the res publica may be tried in absentia, with the guarantees and in the manner prescribed by law". Venezuela is making this reservation because article 14, paragraph 3 (d), of the Covenant makes no provision for persons accused of an offence against the res publica to be tried in absentia.

urteilt werden, ohne vorher persönlich von der Anklage unterrichtet und in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise gehört worden zu sein. Ist jemand wegen einer Straftat gegen den Staat angeklagt, so kann er mit den Garantien und in der Form, die das Gesetz vorschreibt, in Abwesenheit abgeurteilt werden.* Venezuela macht diesen Vorbehalt, weil Artikel 14 Absatz 3 Buchstabe d des Paktes keine Bestimmung enthält, wonach Personen, die wegen einer Straftat gegen den Staat angeklagt sind, in Abwesenheit abgeurteilt werden können.

*) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen notifizierte diesen Vorbehalt Venezuelas zu Artikel 14 Absatz 3 Buchstabe d des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte unter Hinweis darauf, daß er auf das Fakultativprotokoll erstreckt wird.

Bonn, den 30. Dezember 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Welturheberrechtsabkommens
sowie der Zusatzprotokolle hierzu**

Vom 20. Januar 1994

I.

Das Welturheberrechtsabkommen vom 6. September 1952 (BGBl. 1955 II S. 101) ist nach seinem Artikel IX Abs. 2 und die Zusatzprotokolle 1 und 2 hierzu (BGBl. 1955 II S. 101, 134, 148) sind nach ihrer Nummer 2 Buchstabe b für

Uruguay am 12. April 1993
in Kraft getreten.

II.

Das Zusatzprotokoll 3 zum Welturheberrechtsabkommen vom 6. September 1952 (BGBl. 1955 II S. 101, 162) ist nach seiner Nummer 6 Buchstabe b für

Uruguay am 12. Januar 1993
in Kraft getreten.

III.

Das am 24. Juli 1971 in Paris revidierte Welturheberrechtsabkommen (BGBl. 1973 II S. 1069, 1111) ist nach seinem Artikel IX Abs. 2 für

Uruguay am 12. April 1993
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. Oktober 1993 (BGBl. II S. 2019).

Bonn, den 20. Januar 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens
über den internationalen Warentransport mit Carnets-TIR**

Vom 25. Januar 1994

Das Zollübereinkommen vom 14. November 1975 über den internationalen Warentransport mit Carnets-TIR (BGBl. 1979 II S. 445) ist nach seinem Artikel 53 Abs. 2 für

Moldau am 26. November 1993
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. Oktober 1993 (BGBl. II S. 1962).

Bonn, den 25. Januar 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel,
von internationaler Bedeutung**

Vom 25. Januar 1994

Das Übereinkommen vom 2. Februar 1971 über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung (BGBl. 1976 II S. 1265) ist in der durch das Protokoll vom 3. Dezember 1982 zur Änderung des vorgenannten Übereinkommens (BGBl. 1990 II S. 1670) geänderten Fassung nach seinem Artikel 10 Abs. 2 in Verbindung mit Artikel 5 und 6 des Änderungsprotokolls für

Litauen am 20. Dezember 1993
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. Dezember 1993 (BGBl. 1994 II S. 83).

Bonn, den 25. Januar 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 15 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe ohne Anlageband: 4,30 DM (3,10 DM zuzüglich 1,20 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,30 DM.

Preis des Anlagebandes: 7,60 DM (6,20 DM zuzüglich 1,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,60 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1996 A · Entgelt bezahlt

Berichtigung der Bekanntmachung über die Änderung des Übereinkommens über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts

Die Bekanntmachung über die Änderung des Übereinkommens über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts vom 22. November 1993 (BGBl. II S. 2362) ist wie folgt zu berichtigen:

1. In Absatz 2 der Bekanntmachung wird die Angabe „29. April 1975 (BGBl. II S. 839)“ ersetzt durch „19. Juli 1990 (BGBl. II S. 857)“.
2. Im Eingangssatz des Beschlusses Nr. 4/89 vom 7. Dezember 1989 werden die Angabe „4. Dezember 1987“ durch „3. Dezember 1987“ und die Angabe „4 décembre 1987“ durch „3 décembre 1987“ ersetzt.

Berichtigung der Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit Polen

Die Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit Polen vom 16. Dezember 1993 (BGBl. 1994 II S. 249) ist wie folgt zu berichtigen:

Die Fundstelle der im 3. Absatz genannten Bekanntmachung vom 26. November 1993 lautet richtig: „(BGBl. 1994 II S. 15)“.